

Handelsblatt.com

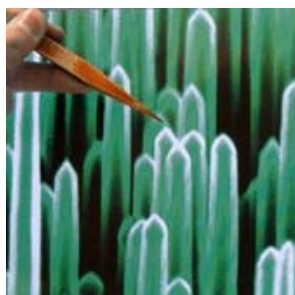
19.05.2009, 11:48 Uhr

Forschung

Nanotechnologie in Gefahr

von Barbara Gillmann

Die Bundesregierung erhofft sich von der Erforschung winzig kleiner Partikel lukrative Anwendungen. Doch die Koalitionsfraktionen sehen Risiken: Zehn Prozent der Fördermittel sollen künftig für die Risikoforschung ausgegeben werden. Die FDP wirft Schwarz-Rpt Technikfeindlichkeit vor.



Ein Physiker der Universität Leipzig zeigt mit einer Pinzette auf sechseckige Zinkoxid-Nanonadeln: Welche Risiken birgt die Nanotechnologie? Quelle: dpa

BERLIN. Die ideologische Debatte über die Grüne Gentechnik ist noch nicht beendet, da flammt schon der nächste Streit um einen vielversprechenden Forschungszeitung auf: die Nanotechnologie. Die Bundesregierung erhofft sich von der Erforschung winzig kleiner Partikel lukrative Anwendungen in der Umwelt-, Energie- oder Informationstechnik. Doch die Bundestagsfraktionen von Union und SPD fordern in einem gemeinsamen Antrag, auch "mögliche Risiken umfassend und frühzeitig zu untersuchen" und diese publik zu machen. Die FDP wirft Schwarz-Rot deshalb Technikfeindlichkeit vor: "Die Koalitionsfraktionen schaffen ein Klima, mit dem wir nach der Grünen Gentechnik auch die nächste Zukunftstechnologie an die Wand fahren", kritisierte die Haushälterin und Forschungsexpertin der Liberalen, Ulrike Flach.

Es müsse dringend geprüft werden, ob die gültigen Vorschriften - etwa bei den Schwellenwerten - verschärft werden müssen, fordern Union und SPD. "Defizite bei der toxikologischen Bewertung von Stoffen im Nanometerbereich sind nicht zu übersehen", heißt es im Antrag. Die bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnisse ließen befürchten, dass zumindest die "freien" Nanopartikel, die nicht fest in anderem Material wie etwa Lacken eingebunden seien, "ein Risiko darstellen könnten". Solange dies nur ungenügend geklärt sei, "sollte die Verbreitung in Gewässer, Luft und Boden so weit wie möglich vermieden werden".

Verhindern wollen CDU und SPD auch, dass Nano-Objekte "gezielt in den menschlichen Körper eingebracht" oder Lebens- und Futtermitteln beigemischt werden. Schließlich soll die Regierung prüfen, wie sie eine sachgerechte Entsorgung von Nano-Material gewährleisten kann, "ohne dass dabei gefährliche Partikel in die Umwelt gelangen". Der Anteil für die Risikoforschung müsse auf zehn Prozent der Fördermittel erhöht werden - das ist das Doppelte dessen, was bisher die Grünen forderten. In den Fachausschüssen hat die Koalition den Antrag bereits durchgewinkt, in Kürze soll er verabschiedet werden.

FDP-Forschungspolitikerin Flach versteht vor allem die Union nicht: "Die CDU hat hier entweder nicht aufgepasst oder absichtlich der SPD nachgegeben, um etwas anderes einzutauschen", mutmaßt die Liberale.

Die Bundesregierung hatte noch vor gut einem Jahr in einem Bericht für das Parlament zur Nanotechnologie jeden Bedarf für neue Gesetze eindeutig verneint. Die existierenden Regeln böten "flexible Instrumente, um mögliche Risiken zu erkennen und gegebenenfalls darauf zu reagieren". In der High-Tech-Strategie der Regierung ist die Nanotechnologie eine zentrale Säule.

Experten erwarten schon für das Jahr 2015 einen Umsatz von weltweit einer Billion Euro mit Nano-Produkten. Insgesamt fördert allein der Bund die Erforschung der Nanotechnologie in dieser Legislatur mit gut 750 Mio. Euro.

Den Grünen geht der Koalitionsantrag dagegen nicht weit genug. Sie verlangen ein Moratorium für die Verwendung freier Nanopartikel in Lebensmitteln und Kosmetik, samt Verpackung. Hier dürfe der Einsatz erst dann erlaubt werden, "wenn die Risiken umfassend erforscht sind", sagt die grüne Umweltpolitikerin Sylvia Kotting-Uhl. Man sei sich bewusst, "dass das lange dauern kann", setzt sie hinzu. "Schließlich hat es auch bei Asbest Jahrzehnte gedauert, bis klar war, wie gefährlich der Stoff ist."

Angesichts dieser Forderungen gilt der Antrag der schwarz-roten Koalition in der Industrie bisher als kleineres Übel, weil er nur Prüfaufträge fordert. Bisher sei die Debatte in Deutschland noch "sehr sachorientiert", lobt etwa Jürgen Klockner vom Verband der Chemischen Industrie (VCI). Den Antrag der Regierungsfractionen findet der Wissenschaftsexperte des VCI trotz seiner alarmistischen Töne durchaus noch "pragmatisch".

Man sei sich einig, dass die Wirtschaft beim Einsatz der Nanotechnologie "keine offenen Flanken" bieten dürfe. Klockner hofft, dass Politik und Industrie aus der Vergangenheit gelernt haben und mahnt: "Wir dürfen die Fehler, die wir bei der Grünen Gentechnik gemacht haben, nicht wiederholen".

Dünnere als ein Haar

Die Technologie

Bei der Nanotechnologie geht es um winzig kleine Partikel. Ein Nanometer entspricht einem Millionstel Millimeter. Der Durchmesser eines menschlichen Haares ist fünfzigtausend mal größer. Die öffentliche Hand steckt Millionen in die Forschung.

Chance und Risiko

Die Wirtschaft erhofft sich von der Nanotechnologie etwa leistungsfähigere Solarzellen, Speicherchips oder Filter, die Medizin verträglichere künstliche Gelenke. Doch auch mögliche Schäden durch die Mini-Partikel müssen erforscht werden.

Link zum Artikel: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/nanotechnologie-in-gefahr;2283364>

© 2009 **ECONOMY.ONE GmbH** - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH**

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).